



Zwangsarbeit in Nürnberg – Fakten statt Verdrängung

Vorbemerkung



Zeichnung: Guust Hens

In der Diskussion um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter wird häufig ein Mangel an elementarem Faktenwissen deutlich, zumal auf lokaler Ebene, wobei Nicht-Wissen und Nicht-Wissen-Wollen schwer zu unterscheiden sind.

Der Anlaß zu der folgenden Dokumentation waren Äußerungen eines Nürnberger Unternehmers in den Medien, der eine Beteiligung an der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft mit der Begründung ablehnte: "Die sind doch eh' schon alle tot und es kann sich auch niemand mehr erinnern, wie das damals genau war." Dem Gedächtnis dieses Herrn und seiner Kollegen möchten wir etwas auf die Sprünge helfen - und sie an die Überlebenden erinnern.

Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte war ein Bruch des Völkerrechts

Die Haager Landkriegsordnung (1899/1907) verbot kategorisch den Besatzungsmächten den Zwangsarbeitseinsatz von Zivilpersonen aus eroberten Gebieten. Die Zwangsarbeit war systematisches Unrecht, die Anschläge auf das Leben der Zwangsarbeiter waren Verbrechen.

Wer waren die Zwangsarbeiter?

Man muß sich vergegenwärtigen, welche unterschiedlichen Personengruppen als Zwangsarbeiter in Nazideutschland arbeiten mußten, um die Komplexität des Problems zu verstehen:

Deutsche (z.B. Juden, politische Dissidenten) und Ausländer, diese wiederum zu unterscheiden in zivile Fremdarbeiter aus den besetzten Ländern Europas und Kriegsgefangene.

Sucht man nach einer konstitutiven Gemeinsamkeit dieser so heterogenen Gruppe außer ihrer Ausbeutung durch Staat und Wirtschaft, so stellt man fest, daß ihre Angehörigen nach dem Verständnis der NS-Juristen außerhalb der deutschen "Volksgemeinschaft" standen. In einer fein abgestuften Hierarchie, auf deren unterster Stufe KZ-Häftlinge und Juden standen, gefolgt von den sowjetischen Kriegsgefangenen, den "Ostarbeitern" bis hin zu den Zivilarbeitern aus Westeuropa näherten sich diese in der rassistischen Sicht der Nazis den deutschen "Herrenmenschen" an, freilich ohne einen gleichwertigen Status zu erreichen. Mithin der gravierendste Unterschied zwischen Ihnen und den "Volksgenossen" war, daß ein Großteil von ihnen nicht unter die Jurisdiktion der deutschen Gerichte fiel, sondern durch das Polizeistrafrecht schutzlos Gestapo und SS ausgeliefert war (s. Abschnitt Straflager Langenzenn). Selbst für den vergleichsweise privilegierten französischen Zivilarbeiter bedeutete z.B. der Umgang mit einer Deutschen eine mehrjährige Zuchthausstrafe.

Die Rolle der Unternehmen

Staatsarchiv Nürnberg (StAN), Bestand KV-Anklage, Interrogations, Aussage von Michael Schreiber, im Arbeitsamt Nürnberg zuständig für die Ausländerinspektion bei den Betrieben, August 1946, Interview 1, S. 2 f.:

"Frage (F): Nehmen wir nun einmal an: Eine von den Firmen hier in Nürnberg, sagen wir MAN oder Siemens oder Nüral, hatte ein neues Projekt fertig zu machen, was unternahm sie da?"

Antwort (A): Sie stellte einen Antrag in 2facher Ausfertigung.

F: Wer stellte den Antrag?

A: Der Betrieb. Für diesen Zweck hatten die Betriebe meistens einen eigenen Angestellten, der dann auch die Verteilung auf die einzelnen Abteilungen vornahm.

[...]

F: Konnte eine Firma z.B. Antrag auf Arbeiter einer bestimmten Nation stellen?

A: Ja. Sie konnten sagen, wir haben in einem Franzosen- oder Russenlager so und so viel Platz, bitte geben Sie uns die entsprechenden ausländischen Arbeiter."

Anwerbung von "Ostarbeitern" durch Täuschung

StAN, KV-Anklage, Interrogations, Aussage M. Schreiber, Aug. 1946, Interview 1, S. 15:

"A: [Klagen] kamen in der Hauptsache von Ostarbeitern. Da kam beispielsweise einer mit Wagen und Pferden, weil er der Meinung war, daß er ein Fuhrgeschäft aufmachen konnte.

Nun mußte er aber in ein geschlossenes Lager und da konnte er Pferde und Wagen nicht mitnehmen. [...] Sie glaubten, sie könnten sich frei bewegen und da kam schon die erste Enttäuschung, als man sie hier hinter Stacheldraht steckte."

Behandlung und Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener

Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, Bonn 1985, S. 149: "Im November 1941 befanden sich von 1.581.000 überhaupt gemeldeten sowjetischen Kriegsgefangenen 390.000 in Lagern im Reich [...] - höchstens 70.000 von ihnen waren zu dieser Zeit überhaupt arbeitsfähig. Im Januar 1942 wurden von den im November gemeldeten 1,58 Millionen Gefangenen noch 1.163.203 als lebend gemeldet - fast 400.000 waren also in diesen beiden Monaten gestorben."

Gesamtzahlen für Nürnberg

Zivilarbeiter

Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, Bonn 1985, S. 273: "Allein in Berlin waren fast 400.000 ausländische Zivilarbeiter beschäftigt, in Hamburg 63.000, in Königsberg 70.000, in München 65.000, in Magdeburg, Leipzig, Nürnberg und Linz je 60.000." Herberts Quelle ist das vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz herausgegebene Periodikum "Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich", Nr. 11/12 vom 30.12.1944.

Kriegsgefangene

Schreiben des Oberst a.D. Pellet, ehemaliger Kommandant des Kriegsgefangenenlagers Stalag XIII D Langwasser, vom 17.05.1949 (Stadtarchiv Nürnberg C 36/I Nr. 322): "Der Kriegsgefangenenbestand von 1943 bis Ende 1944 belief sich bei ständigem Zu- und Abgang auf ca. 32.000 Mann [...]. Von den genannten 500 Kommandos [Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos] entfielen auf Nürnberg ca. 150 Kommandos. An größeren Kommandos bestanden in diesem Zeitabschnitt:

- **MAN** 2.000 Russenmannschaften und Offiziere
- **Siemens** 1.500 Franzosen
- **Metall und Eisen** 800 Russenmannschaften
- **Alu Werke** 800 Russenmannschaften
- **Faun-Werke** 500 Russen
- **VDM** 500 Russen
- **Metallchemie** 500 Russen
- **Werk Stadeln** 500 Franzosen und Russen

- **Reichsbahn** 500 Franzosen und Belgier
- **Viktoria** 400 Franzosen und Belgier
- **Zündapp** 400 Russen
- **Hercules** 300 Franzosen und Belgier
- **Triumph** 300 Franzosen und Belgier
- **Vereinigte Schuhfabriken** 300 Franzosen, Belgier und Russen
- **Baumüller** 300 Russen."

Gesamt

StAN, KV-Anklage, Interrogations, Aussage M. Schreiber, Aug. 1946, Interview 1, S. 11:
 "Wir hatten in Nürnberg und Umgebung schätzungsweise 400.000 Beschäftigte, davon waren
100.000 Ausländer."

Lageralltag

*Bitte, dieses Merkblatt aufmerksam
 zu lesen und pünktlich zu beachten!*

MERKBLATT

**für die Nürnberger Betriebsführer
 zur Verhütung der Einschleppung gefähr-
 licher übertragbarer Krankheiten
 durch ausländische Arbeiter**

Der zunehmende Einsatz männlicher und weiblicher
 ausländischer Arbeitskräfte (im folgenden „ausländische
 Arbeiter“) in der Nürnberger Wirtschaft vermehrt die Ge-
 fahr der Einschleppung übertragbarer Krankheiten, ins-
 besondere des gefährlichen Fleckfiebers. Der Reichsmin-
 ister des Internen erklärte deshalb die seuchenhygienische
 Ueberwachung der Lager ausländischer Zivilarbeiter als

Die Zustände im Saalbau "Kolosseum" an der Friedrichstraße, einem der Firmenlager von Siemens-Schuckert, nach Joseph Gelin: Nürnberg 1943 - 1945. Erlebnisse eines französischen Arbeiterpriesters. Aus dem Französischen von Yves Claude Gélébart und Hans-Peter Weigel. Hrsg. von der Katholischen Stadtkirche Nürnberg. Bamberg 1995, S. 89: "'Kolosseum' heißt ein großer Theatersaal, in dem man ein Lager eingerichtet hat. [...] Im Lazarett des Lagers, einem stickigen Raum, wo ein schlampiger Krankenpfleger das Zepter führt und wo ich mehrere Patienten sterben sah, üben sich die Kranken in Geduld. Die Firma Siemens schickt selten Leute ins Krankenhaus. Ich gehe an den Reihen der zweistöckigen Betten entlang, ebenso oben auf den Galerien, die auch mit Betten belegt sind. Jeder schlingt in seiner Ecke seinen Teller dünner Suppe und seine drei Kartoffeln hinunter. Zum Glück bekommen wir heute

abend, um den Hunger zu überlisten, eine Theateraufführung von der Lager- oder irgendeiner gastierenden Truppe von auswärts geboten."

Die Normalität des Zwangsarbeitereinsatzes in der Industrie

Bericht von Frau Maria Gawrilowna S. aus der Ukraine, geboren 1924, vom Oktober 1999. Frau S. mußte vom 10.07.1942 bis 23.03.1945 bei Kabelmetall Neumeyer, in der Klingenhofstraße arbeiten.

"[...] Ich wurde am 16.06.1942 von den Deutschen zur Arbeit verpflichtet. Wir wurden in einen Wald gebracht. Um unsere Zelte herum war Stacheldraht. Wir wurden von bewaffneter Polizei mit Hunden bewacht. Dann mußten wir arbeiten: Um drei Uhr aufstehen und bis zur Fabrik zu Fuß laufen (drei Stunden), 12 Stunden arbeiten, danach wieder drei Stunden zurück zum Lager. Verpflegt wurden wir sehr schlecht: Etwas Suppe mit Rüben und Kartoffeln. Oft waren im Essen Würmer.

Später wurden für uns in der Nähe der Fabrik Baracken gebaut. Wir bekamen keine Kleidung, nur einmal einen alten dünnen Arbeitskittel. Die Schuhe waren aus Holz. Zu Essen bekamen wir Pfefferminztee, 100 Gramm Brot, am Donnerstag 20 Gramm Margarine und zwei Mark, für die man am selben Tag etwas kaufen mußte, doch zu kaufen gab es nichts.

Aber es ist besser, sich an diese Dinge nicht zu erinnern. Gott sei Dank, daß wir am Leben geblieben sind.

Unter den Deutschen gab es auch gute Menschen, die uns, ohne daß es die anderen sehen konnten, Brotstücke gaben. Und so haben wir es überlebt.

1945 bin ich aus diesem Lager weggelaufen. Am 23. März war ich in der Nähe von Erlangen, in dem Dorf Marloffstein, und habe einen Bauern gebeten, mich in Arbeit aufzunehmen. Der Bauer nahm mich auf und hat mich nicht bei der Polizei gemeldet, sonst wäre ich erschossen worden. [...] Er hat mir gesagt, ich solle keine Angst haben, weil der Krieg bald vorbei sein werde."

Das Unrechtssystem der Zwangsarbeit: Zwangsabtreibungen

StAN, KV-Anklage, Interrogations, Aussage M. Schreiber, Aug. 1946, Interview 2, S. 9 f:

"F: Sie wissen doch, daß an einer ziemlich großen Zahl von Ostarbeiterinnen Schwangerschaftsunterbrechungen durchgeführt wurden. Wie ist das vor sich gegangen?

A: Das kann ich nicht sagen, ich hatte amtlich keine Kenntnis davon erhalten.

F: Sie [das Arbeitsamt] haben doch dafür bezahlt.

A: Ja, wir haben die Rechnungen bekommen. Aber wie das vor sich gegangen ist, weiß ich nicht.

[...]

F: Sind nach Ihrer Meinung die Schwangerschaftsunterbrechungen mit Zustimmung der Betreffenden erfolgt?

A: Ich habe verschiedentlich gehört, daß die Frauen gegen die Schwangerschaftsunterbrechungen waren. Ich weiß nicht, inwieweit eine Befragung der schwangeren Frauen vorgenommen wurde.

F: Ist es Ihnen nicht merkwürdig vorgekommen, daß einerseits Schwangerschaftsunterbrechungen an deutschen Frauen schwer geahndet wurden und sogar ein Gesetz geschaffen wurde [...], um das zu verhindern, und daß andererseits im Falle von Ostarbeitern es nicht nur geduldet, sondern erwünscht war?

A: Ich habe mir das so erklärt, daß man eben bei der großen Zahl der doch vorgekommenen Schwangerschaften nicht mehr wußte, was man mit den Kindern anfangen sollte im Bezug auf Unterbringung, Wartung, Pflege usw."

Das Unrechtssystem der Zwangsarbeit: Straflager Langenzenn für zivile Fremdarbeiter

Das Straflager Langenzenn (20 km westlich von Nürnberg) gehörte zu einem sich über das gesamte Reichsgebiet erstreckenden Netz von "Arbeitserziehungslagern", in denen Ausländer ohne Gerichtsverfahren durch die Gestapo inhaftiert wurden. Langenzenn und ein weiteres Straflager auf der sogenannten "Russenwiese" in Nürnberg unterstanden der Nürnberger Gestapo. Viele Zwangsarbeiter aus dem Großraum wurden aus nichtigen Gründen - schwerwiegenderere Vergehen bedeuteten für Polen und "Ostarbeiter" ohnehin Konzentrationslager oder die Todesstrafe - von ihren Arbeitgebern der Gestapo zur "Umerziehung" überantwortet.

"Nürnberger Nachrichten", 26.10.1949: "Dort wurden ab 1943 an Polen, Russen, Russinnen, Franzosen und Belgiern Strafen vollstreckt, die jeweils von den Leitern der Gestapostellen wegen geringfügiger Delikte verhängt worden waren. Das Lager war offiziell nur vorgesehen zur Verbüßung von Haftstrafen bis zu 51 Tagen. In Wirklichkeit herrschte dort ein unbeschreibliches Schreckensregiment. Die Häftlinge erhielten bereits bei ihrer Einlieferung eine größere Anzahl Schläge mit Ochsenziemern, ebenso bei ihrer Entlassung. Außerdem wurde für jeden Häftling in den Zugangspapieren eine bestimmte Anzahl Schläge festgelegt. Die Häftlinge mußten bei den Mißhandlungen die Schläge selbst zählen, verzählten sie sich, so wurde mit den Schlägen von vorne begonnen. Außerdem wurden sie bei jeder kleinen Verfehlung oder Unregelmäßigkeit in der unbarmherzigsten Weise geschlagen, besonders dann, wenn sie bei Vernehmungen nicht die gewünschten Aussagen machten. Die nicht zur Arbeit ausrückenden Häftlinge mußten den ganzen Tag über im Lager im Kreis marschieren, an- und wegtreten, sich dabei hinwerfen und wieder aufstehen. Wer dabei erschöpft zu Boden sank, wurde so lange geschlagen, bis er wieder aufstand. Diese Behandlung erhielten auch Frauen.

Dazu kam, daß die hygienischen und sanitären Einrichtungen im Lager fast nicht vorhanden waren und die Häftlinge als Nahrung täglich nur einen halben Liter schwarzen Kaffee ohne Zucker, 100 Gramm Brot und 2 Liter aus Dorschen oder deren Schalen gekochte Suppe bekamen (300 Liter Suppe wurden jeweils 250 Gramm Margarine zugesetzt). Dazu gab es dann pro Häftling höchstens 2 gekochte Kartoffeln. Viele Häftlinge verfielen in Siechtum und starben. In Einzelfällen wurden Häftlinge auch zu Tode geprügelt. Vielfach wurde den Mißhandelten das Fleisch vom Gesäß geschlagen. Teils mußten sie mit gefesselten Händen arbeiten, so daß sie eiternde Wunden bekamen. Bei ungenügender Arbeitsleistung erhielt der Gefangene 25 Stockschläge und außerdem Kostentzug."

"Fränkische Tagespost", 05.11.1949, Aussagen von Personal der Krankenabteilung des Polizeifängnisses Nürnberg, in die Häftlinge aus Langenzenn eingeliefert wurden: "Ich habe gesehen, wie Frauen vollkommen verlaust zu uns geschickt wurden, in einem Zustand, den man nicht beschreiben kann. Ein junger Pole wurde eingeliefert, der kaum mehr zu gehen vermochte. Die Stücke Fleisch konnte man ihm wegschneiden. Ein Polizeisanitäter berichtete von sechs Fällen, die ihm noch in Erinnerung sind. Einem jungen Mann war die Hälfte des Gesäßes weggeschlagen, [...] andere wieder kamen ins Krankenhaus ganz mit Kot beschmiert, die Tampons verfault, die Würmer krochen aus den eitrigen Wunden."

Die Todesopfer

In der Abteilung 93 des Nürnberger Südfriedhofs sind insgesamt 5.085 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus Osteuropa bestattet, die während des Zweiten Weltkriegs in Nürnberg starben. Nach offiziellen Schätzungen kamen mindestens 5.900 Kriegsgefangene und Zivilarbeiter in Nürnberg ums Leben, von denen die Angehörigen westallierter Nationen nach Kriegsende in ihre Heimatländer überführt wurden.



Gedenktafel auf dem Nürnberger Südfriedhof, 2002. Die abweichende Zahlenangabe entstand durch spätere Umbettungen.

(Foto: Susanne Rieger)

Die Gegenwart

Vergessene Wahrheiten

Das schier endlose Gezerre um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter(innen) und die Berichterstattung darüber in den Medien haben in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung einen Überdruß an der Thematik erzeugt. Immer unverhohlener wird ein "Schlußstrich" gefordert, wobei man sich im Zusammenhang mit der Zwangsarbeit vor allem zweier ebenso infamer wie dummer Totschlagargumente bedient:

"Was mit den deutschen Kriegsgefangenen oder den Deutschen in Ostpreußen und dem Sudetenland passiert ist, war genauso schlimm."

"Die Juden sind doch schon alle entschädigt worden."

Zur Erinnerung: Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg begonnen. Die Ursachen der Vertreibung liegen nicht im Mai 1945, sondern im März und September 1939. Außerdem wird ein Unrecht nicht durch ein anderes Unrecht aufgehoben. Und: Die für Entschädigungszahlungen in Frage kommenden Menschen sind zu über 90 % Nichtjuden.

Alles wird gut?



Russisch-deutsches
und
deutsch-russisches
Industrie-Wörterbuch
für
Ostarbeiter

Die Kuh ist vom Eis, der Bundestag hat die Rechtssicherheit festgestellt, das Geld kann fließen. Die deutsche Industrie hat abzüglich des von der Steuer absetzbaren Betrags ein Viertel (!) der Entschädigungsleistungen aufgebracht, für den Rest stehen die Steuerzahler gerade. Aber selbst diese scheinen sich nicht sonderlich darüber aufzuregen, denn die Öffentlichkeit hat sich längst anderen Themen zugewandt.

Nun liegt die Verantwortung für die zügige und korrekte Abwicklung von Antragsverfahren und Auszahlung der Gelder bei den "Partnerorganisationen". Ein kluger Schachzug - hätte vermutlich Pontius Pilatus gesagt. Welche juristischen, geschichtswissenschaftlichen und sprachlichen Tausendsassa werden dort wohl über Ablehnung oder Annahme der Anträge entscheiden? Wie wird die Bilanz aussehen, wenn Hunderte von Millionen DM durch Verwaltungsapparate in Osteuropa oder Organisationen verteilt werden sollen, die noch nie in ihrer Geschichte mit vergleichbaren Aufgaben konfrontiert waren?

Nach wie vor schließen die Regelungen des Stiftungsgesetzes ganze Opfergruppen vom Leistungsbezug aus, etwa die Teile der slowenischen Bevölkerung, die nicht primär zum "Arbeitseinsatz", sondern wegen der "ethnischen Säuberung" ihrer Heimat verschleppt wurden.

Fazit

Salomon Korn, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland im Interview mit SZ (30.11.1999, S. 13): "Moralisch gesehen hat die deutsche Industrie den Zeitpunkt verpaßt, wo sie glaubwürdig hätte handeln können. Da gibt es weder Einsicht noch Unrechtsbewußtsein. Ich habe den Eindruck: Das späte Gift des Völkischen. Die Zwangsarbeiter werden von der deutschen Industrie insgeheim immer noch als minderwertig betrachtet und auch so behandelt: arrogant, abweisend, drohend."

Gerhard Jochem